

Rede Bezirksrat Urban Mangold (ÖDP) zum Windkraft-Zonierungskonzept - Bezirkstagsitzung vom 03.06.2014

**Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,**

der Bezirkstag war schon einmal weiter als heute: Ein Jahr nach der Reaktorkatastrophe hat dieses Gremium einen Prozess in Gang gebracht, den wir heute erfolgreich abschließen könnten. Wir würden als Bezirk Niederbayern durch ein Zonierungskonzept im Landschaftsschutzgebiet Bayerischer Wald dazu beitragen, dass das Windkraftpotential unserer Region besser ausgeschöpft wird.

Ich plädiere für den Beschlussvorschlag A – wie von den Fachleuten der Regierung vorgeschlagen ohne die vom Präsidenten geforderten Einschränkungen.

Natürlich werden wir es nicht allen recht machen können. Aber wir müssen immer bedenken, was auf dem Spiel steht. Jeder weiß, dass ein Atomunfall in Landshut Niederbayern unbewohnbar machen würde. Sollten wir, was Gott verhüten möge, einmal mit diesem Unglück konfrontiert werden, dann wird man die Kleinmütigkeit mancher Politiker, die sich ständig nach dem Wind drehen als maßlose Verantwortungslosigkeit anklagen.

Politiker dürfen sich nicht ständig der Demoskopie hingeben, sondern müssen auch einmal vorangehen und der Bevölkerung Notwendigkeiten erklären. Stattdessen lassen sich manche offenbar bereitwillig vor den Karren der Energiekonzerne spannen, die daran arbeiten, die Energiewende zu verschleppen.

Eine Windkraftanlage in ein paar hundert Metern Entfernung ist kein Teufelszeug. Für mich ist das ein Symbol der Entschleunigung und des sanften Umgangs mit der Natur. Und vor allen Dingen: Man kann sie am Ende der Laufzeit, nach vielleicht 25 bis 30 Jahren wieder rückstandsfrei abbauen und benötigt kein Endlager für eine Million Jahre.

In vielen Kreisverwaltungsbehörden der relevanten Regionen wurde mit großem Aufwand an Windkraft-Zonierungskonzepten gearbeitet. Das hat Ministerpräsident Seehofer mit seiner völlig unnötig überzogenen Abstandsregelung ausgehebelt. Da wurden von den Kreisen Planungsbüros beauftragt und das hierfür gezahlte Honorar können die Landkreise nun in den Wind schreiben.

Im Zuständigkeitsbereich des Bezirks als Verordnungsgeber für das Landschaftsschutzgebiet Bayerischer Wald droht nun Ähnliches: Die Fachstellen der Regierung von Niederbayern haben ein durchdachtes Konzept nach nachvollziehbaren einheitlichen Kriterien erarbeitet. Im letzten Bezirksausschuss wurde sogar gewarnt, dass bei willkürlichen Eingriffen in diese Einheitlichkeit, das gesamte Konzept juristisch angreifbar wird. Dann wäre womöglich auch diese Arbeit nutzlos. Wer zahlt diesen Schaden?

Wenn wir heute nicht den Mut haben, dem Vorschlag der Regierungsfachleute zu folgen, dann gefährden wir die Energiewende. Gehen wir deshalb mit gutem Beispiel und Mut zur Entscheidung voran!